

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/03/2018

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2018,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Frau Gerda Freiheit
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dustin Holzmann
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Herr Achim Reuber
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Frau Martina Strunk
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Heino Wriggers

- ab TOP 8 -

- ab TOP 5 tlw. -

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tim Grammerstorf
Herr Christof Schneider

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Thomas Reich
Herr Peter Kania
Herr Horst Kienel
Frau Jasna Makdissi
Frau Meike Niemann
Herr Mathias Schuster
Frau Birgit Reuter

- Protokollführerin -

Entschuldigt fehlen

Stadtverordnete

Herr Uwe Gaumann
Herr Matthias Stern

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2018 vom 26.02.2018
7. Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2 Sonstige Berichte/ Mitteilungen
 - 7.2.1 Finanzbericht Nr. 04/2018
 - 7.2.2 Wahl des Gemeindewehrführers und des stellvertretenden Gemeindewehrführers
 - 7.2.3 Beginn der Briefwahl
 - 7.2.4 Neubau der Moorwanderwegbrücke
8. Erweiterung des Hortangebotes an der Grundschule Am Aalfang **2018/035/1**
9. Aufbau von Büro-Mietcontainern zur Rathouserweiterung **2018/044/1**
- vertagt -
10. Förderung durch den Investitionspakt Soziale Integration im Quartier **2018/026/1**
 1. Bruno-Bröker-Haus inklusive Freifläche Stormarnplatz
 2. Villa Kunterbunt
11. Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 80 A **2018/009**
- vertagt -
12. Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2017 bis 2021 **2017/157/1**
13. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen **2018/004**

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 14. | Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 102 für das Gebiet zwischen Manfred-Samusch-Straße, An der Reitbahn, Hamburger Straße, Lehmannstieg und Klaus-Groth-Straße | 2018/025 |
| 15. | Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Ahrensburger Innenstadt/ Schlossbereich" einschließlich Erlass der Sanierungssatzung (§ 142 Nr. 1 BauGB) | 2017/137/2 |
| 16. | Erneuerung des Ahrensburger Redder von der Auffahrt Ostring bis zur Gemeindegrenze Siek | 2018/030 |
| 17. | Grundsatzbeschluss für die Übernahme der Nahwärmenetze Ahrensburger Redder, Gartenholz und Bogenstraße von der Hanse Werk Natur GmbH durch die Stadtwerke Ahrensburg | 2018/037 |
| 18. | Benennung einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten
- Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages - | 2018/042/1 |
| 19. | Organisationsänderung der Verwaltung | 2018/043 |
| 20. | Nachbenennung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern für den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 06. Mai 2018 | 2018/045 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Anschließend gedenken die Stadtverordneten dem am 06.03.2018 verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Herrn Peter Burgdorf-Wasse.

Bürgermeister Wilde gibt bekannt, dass die kommende Stadtverordnetenversammlung nochmals in alter Besetzung am 28. Mai stattfinden wird. Am 30. April findet keine Stadtverordnetenversammlung statt.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Aufgrund laufender Verhandlungen erfolgt noch keine Bekanntgabe der in der vorangegangenen Sitzung gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Walter Schumacher, wohnhaft in der Bogenstraße, erklärt, dass am 01.07.2015 neue Halteverbote in der Bogenstraße von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden seien. Er appelliert an die Stadtverordneten, die Halteverbote im Bereich des Unternehmens Kroschke auch aufgrund der Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung in der Bogenstraße wieder aufzuheben. Außerdem sollte die Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich Barenkoppelredder/ Hagener Allee vervollständigt werden, da „nur eine Seite eine Lichtsignalanlage“ habe. Er bittet weiterhin um die Einrichtung eines Fußgängerüberweges in der Bogenstraße im Bereich Kirschplantage/ Ladestraße zur besseren Überquerung der Fahrbahn.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs Angelegenheit der Polizei und die Überwachung des „Ruhenden Verkehrs“ Angelegenheit der Stadt ist. Er wird die Anregungen zum Anlass nehmen, mit der Polizei Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, inwieweit dem Anliegen nachgegangen werden kann.

Auf Anfrage des **Herrn Horst Mächler**, wohnhaft Klaus-Groth-Straße, bestätigt Bürgermeister Wilde, dass eine Einwohnerversammlung nach der Wahl am 06. Mai vorgesehen ist. **Herr Mächler** bittet, die Einwohner bei Bebauungsplanverfahren zukünftig mehr zu beteiligen, als es bisher erfolgt sei. Er weist auf die zahlreichen laufenden B-Planverfahren – insbesondere im Innenstadtbereich – hin und auf die Aussage, dass die Politik die Bürger bei den Verfahren mitnehmen wolle.

Die Einwohner würden sich insbesondere beim B-Planverfahren Nr. 80 A mit ebenfalls Beschlüssen im Bereich der bestehenden Randbebauung außen vorgelassen fühlen. Im Rahmen der Planung der Tiefgarage Stormarnplatz seien z. B. 279 Stellplätze vorgesehen mit der Folge, dass Verkehr in die Stadt gezogen werde, ohne dass es einen städtischen Verkehrsplan gebe.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass der Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung zum B-Plan Nr. 80 A auf der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beraten werden soll. Sinn und Zweck des Aufstellungsbeschlusses sei die Konkretisierung der Planung mit einer frühzeitigen Beteiligung der Einwohner. Im Rahmen der Tiefgarage Stormarnplatz muss zunächst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie auch die verkehrstechnische Realisierung geklärt werden.

Herr Jürgen Krüger, wohnhaft Erikaweg 8 b, bittet um einen schriftlichen Sachstandsbericht zum Neubau Moorwanderwegbrücke. Er bittet auch um Auskunft technischer Einzelheiten – z. B. aus Zeichnungen.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass der Fördergeber für die Moorwanderwegbrücke signalisiert hat, dass mit dem Förderbescheid in aller Kürze gerechnet wird.

Mit den vorbereitenden Arbeiten wird sofort begonnen, um die durch Naturschutzaufgaben beschränkte Bauzeit einzuhalten (15.08.2018 bis 28.02.2019).

Es ist beabsichtigt, die Ausschreibung Ende April/ Anfang Mai zu versenden, um die Baumaßnahme am 15.08.2018 starten zu können. **Herr Krüger** bittet auch um schriftliche Beantwortung.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgervorsteher Wilde bittet um Entscheidung, wie mit dem Tagesordnungspunkt 11 „Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 80 a“ verfahren werden soll, da noch keine Empfehlung des Umweltausschusses vorliegt und die Machbarkeitsstudie noch nicht fertiggestellt ist.

Stadtverordneter Möller von der SPD-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt 11 „Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 80 a“ von der Tagesordnung zu nehmen.

Bürgermeister Sarach führt hierzu aus, dass die Grünfläche des östlichen Stormarnplatzes bereits jetzt im B-Plan Nr. 80 a als Stadt- und Freizeitpark festgesetzt ist. Diese Festsetzung bleibt auch mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 80 a bestehen.

Die 1. Änderung des B-Planes Nr. 80 a setzt lediglich ein Baufenster für die Tiefgarage fest bzw. erweitert das bestehende Baufenster zwischen Rathaus und Peter-Rantzau-Haus. Somit bedarf es seiner Auffassung nach nicht zwingend des Votums des Umweltausschusses, da das Anliegen Freizeit- und Grünfläche bzw. Park unverändert Bestand hat. Somit könnte dieser Tagesordnungspunkt auf der heutigen Tagesordnung belassen werden.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion plädiert dafür, den Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu belassen, da es sich um einen Angebotsbebauungsplan handle und die Fertigstellung der Machbarkeitsstudie hiervon unabhängig sei.

Anschließend wird über den Antrag des Stadtverordneten Möller den Tagesordnungspunktes 11 „Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 80 A“ abzusetzen wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	20 dafür
	6 dagegen
	1 Enthaltung

Der Tagesordnungspunkt ist somit von der Tagesordnung dieser Stadtverordnetenversammlung abgesetzt.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes „Aufbau von Büro-Mietcontainern zur Rathausenerweiterung (Vorlagen-Nr. 2018/044/1)“, da die Vorlage drei Tage vor der Stadtverordnetenversammlung der Selbstverwaltung zur Verfügung stand und somit weder eine Beratung in den Fraktionen noch in den Ausschüssen möglich gewesen sei. Gegenstand der Vorlage würde nicht wie im Betreff aufgeführt der Aufbau von Büro-Mietcontainern zur Rathausenerweiterung sein, sondern ein noch nicht in den Ausschüssen explizit beratender Erweiterungsbau des Rathausgebäudes. Er plädiert deshalb dafür die Vorlage erst nach Beratung im Bau- und Planungsausschuss und im Hauptausschuss wieder in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln. Da die Mittel für den Erweiterungsbau erst nach der Sommerpause im Rahmen einer Nachtragshaushaltssatzung bereitgestellt werden sollen, sei eine Vertagung bis zur kommenden Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai unschädlich.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass nach Diskussion im Hauptausschuss der Eindruck entstanden sei, dass es zu einer Beratung und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung kommen könnte.

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass Bündnis 90/ DIE GRÜNEN der Vorlage 2018/044/1 heute hätten zustimmen können. Bündnis 90/ DIE GRÜNEN würden jedoch dem Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung folgen, da eine Vertagung auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai unschädlich sei.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass die WAB-Fraktion der Vorlage grundsätzlich ebenfalls zustimmen würde, bittet jedoch um Vertagung zwecks Einhaltung bestimmter Formalien. Die Vorlagen-Nr. 2018/044 wurde im Hauptausschuss beraten, jedoch von dem Hauptausschuss zurückverwiesen mit der Bitte, diese Vorlage nachzuarbeiten. Die Übereinstimmung der Vorlagen Nr. 2018/044 mit der Vorlagen Nr. 2018/044/1 sei nicht gegeben.

Anschließend wird dem Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes „Aufbau von Büro-Mietcontainern zur Rathouserweiterung, Vorlagen-Nr. 2018/044/1“ zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai 2018 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **25 dafür**
 2 dagegen
 1 Enthaltung

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes „Städtebaulicher Vertrag“ Vorlagen-Nr. 2018/031/1 in nichtöffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 14.03.2018 versandten Tagesordnung mit oben genannten Änderungen zu.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2018 vom 26.02.2018

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1 Berichte gem. § 45 c GO

Es wird auf das Beschlusscontrolling der vorangegangenen Sitzung verwiesen.

7.2 Sonstige Berichte/ Mitteilungen

7.2.1 Finanzbericht Nr. 04/2018

Der Finanzbericht Nr. 04/2018 ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

7.2.2 Wahl des Gemeindeführers und des Stellvertretenden Gemeindeführers

Von der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg wurde am 23.03.2018 Herr Jürgen Stahmer zum Gemeindeführer wiedergewählt und Herr Nils Pirck zum Stellvertretenden Gemeindeführer gewählt.

Nach erfolgter Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai 2018 sind der Gemeindewehrführer und der Stellvertretende Gemeindewehrführer für die Dauer von sechs Jahren zum Ehrenbeamten zu berufen.

7.2.3 Beginn der Briefwahl

Bürgermeister Sarach berichtet, dass ab dem 25. März 2018 die Briefwahl im Rathaus möglich ist. Der Versand der Wahlbenachrichtigungskarten erfolgt in der 14. Kalenderwoche.

Die Briefwahlunterlagen können unkompliziert und ohne Wartezeiten direkt im Internet unter www.ahrensburg.de beantragt werden.

7.2.4 Neubau der Moorwanderwegbrücke

Bürgermeister Sarach führt ergänzend zu seinen Ausführungen zu der Anfrage des Herrn Jürgen Krüger in der Einwohnerfragestunde aus, dass nach der neuesten Kostenschätzung sich Mehrkosten für geforderte touristische Maßnahmen und ökologische Baubegleitung in Höhe von 24.000 € abzeichnen. Es ist beabsichtigt, die Zustimmung der städtischen Gremien (Umweltausschuss und Stadtverordnetenversammlung) im Mai nachzuholen.

8. Erweiterung des Hortangebotes an der Grundschule Am Aalfang

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Brandt, hält den Sachvortrag.

Stadtverordnete Brandt befürwortet im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich die Empfehlung des Sozialausschusses vom 13.03.2018. Sie weist auf die Dringlichkeit, erforderliche Hortplätze für die Kinder in der Grundschule Am Aalfang zu schaffen, hin. Die Mittel für die Aufstockung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen müssen unter Hinweis auf die dringend erforderlichen Parkplätze in der Innenstadt im Nachtragshaushalt wieder bereitgestellt werden

Stadtverordneter Randschau stimmt im Namen der SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Der Kauf von Containern sei zurzeit wirtschaftlicher als dessen Anmietung unter Berücksichtigung der Weiterverwendung dieser Container im Stadtgebiet - auch in Bezug auf die noch anstehenden Baumaßnahmen.

Anschließend wird wie folgt über die nachfolgende Empfehlung des Sozialausschusses am 13.03.2018 abgestimmt:

1. Der Hort wird aufgrund des Bedarfes um eine Dreiviertelbetreuung (11:45 Uhr bis 14:45 Uhr) und eine Ganztagsbetreuung (12:45 Uhr bis 15:45 Uhr) zum 01.08.2018 erweitert.
2. Die Befristung bis zum 31.07.2018 für fünf Elementarplätze mit einer verlängerten Öffnungszeit bis 14:00 Uhr wird aufgehoben.
3. Den Änderungen im Bedarfsplan des Kreises Stormarn wird zugestimmt.
4. Den entsprechenden vertraglichen Veränderungen der Finanzierungsvereinbarung wird zugestimmt. Eine Erweiterung kann nur erfolgen, sofern entsprechendes Fachpersonal gefunden wird und Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.
5. Der Beschluss Nr. 4 aus der Vorlage Nr. 2017/059 vom 13.06.2017 - Sozialausschuss bzw. 26.06.2017 - Stadtverordnetenversammlung:
„Für die Betreuung von Hortkindern wird ein Mietcontainer- bestehend aus zwei Gruppenräumen und einem Zwischenflur - vom Schulhof der Fritz-Reuter-Schule an den Standort der Grundschule Am Aalfang versetzt.“
wird aufgehoben.
6. Der Beschluss Nr. 5 aus der Vorlage 2017/059 vom 13.06.2017 – Sozialausschuss bzw. 26.06.2017- Stadtverordnetenversammlung:
„Eine Umsetzung der Maßnahme erfolgt ‘Zug um Zug’, sobald die Container nicht mehr von der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule benötigt werden.“
wird aufgehoben.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, Container - bestehend aus zwei Gruppenräumen und einem Zwischenflur - zu kaufen. Die Gesamtkosten inkl. Herrichtung für die Containeranlage betragen 160.000 €. Dieser Betrag wird gemäß § 95 d GO S-H außerplanmäßig beim PSK 36515.090000 bereitgestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch Reduzierung eines Ansatzes (Minderauszahlung) beim PSK 54600.090000-Projekt 107 „Aufstockung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen.“

Abstimmungsergebnis:

28 dafür

1 Enthaltung

2018/044/1

9. **Aufbau von Büro-Mietcontainern zur Rathouserweiterung**

- *ver t a g t* -

10. Förderung durch den Investitionspakt Soziale Integration im Quartier
1. Bruno-Bröker-Haus inklusive Freifläche Stormarnplatz
2. Villa Kunterbunt

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Brandt, hält den Sachvortrag.

Stadtverordnete Brandt spricht sich im Namen der CDU-Fraktion dafür aus, die Freifläche des Stormarnplatzes als generationsübergreifende Begegnungsstätte zur Förderung des sozialen Miteinanders und als zentraler Ort der Integration zu gestalten. Der Platz sollte für Jedermann – auch für Jugendliche – zugänglich sein. Die baulichen Maßnahmen Bruno-Bröker-Haus und Villa Kunterbunt seien notwendig zum Erhalt der Gebäude.

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion hätte sich gewünscht, dass in diesem Zusammenhang über die Verlagerung der Sportplätze nachgedacht worden wäre und plädiert für ein sinnvolles Gesamtkonzept „Stormarnplatz“ und keine Stückelung.

Stadtverordneter Randschau stimmt im Namen der SPD-Fraktion der Empfehlung des Umweltausschusses zu, die Freifläche des Stormarnplatzes als generationsübergreifende Begegnungsstätte zur Förderung des sozialen Miteinanders und als zentralen Ort der Integration zu gestalten. Die Verwaltung sollte einen entsprechenden Entwurf mit einer guten räumlichen Aufteilung vorlegen. Hierfür sei wiederum ein Gesamtkonzept des Stormarnplatzes mit u.a. der gesamten Bebauung einschließlich der Verkehrssituation Grundlage.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe plädiert im Namen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für den Erhalt der Sportplätze im Innenstadtbereich, denn was gebe es generationsübergreifenderes als Sport für Jung und Alt.

Stadtverordneter Dähnhardt von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN stellt fest, dass Bündnis 90/ DIE GRÜNEN der Empfehlung des Umweltausschusses zustimmen werden, nachdem die Verwaltung erklärt hat, dass eine generationsübergreifende Nutzung der Freifläche auf dem Stormarnplatz förderunschädlich ist.

Stadtverordneter Bellizzi führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass durch den heutigen Beschluss eine bis zu 90%ige Förderung möglich sei. Sowohl das BBH als auch die Villa Kunterbunt seien sanierungsbedürftig. In beiden Häusern werden jedoch wichtige Arbeiten geleistet. Die FDP-Fraktion wird deshalb dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Levenhagen, Haase und Brandt.

Stadtverordnete Schmick von der WAB-Fraktion regt einen Anbau einer Toilette an das BBH an, da die Toiletten im BBH klein und sanierungsbedürftig seien.

Stadtverordnete Rathje von der CDU-Fraktion stellt fest, dass lt. Empfehlung des Umweltausschusses eine generationsübergreifende Nutzung der Freifläche auf dem Stormarnplatz vorgesehen sei.

Über Details soll jedoch in späteren Sitzungen beraten und abgestimmt wer-

den.

Anschließend stimmt die Stadtverordnetenversammlung über die Empfehlung des Sozialausschusses in Verbindung mit der weitergehenden Empfehlung des Umweltausschusses zur generationsübergreifenden Nutzung der Freifläche des Stormarnplatzes wie folgt ab:

1. a Die Einrichtungen BBH und Villa Kunterbunt sind zum Zweck der dauerhaften Nutzung durch Jugendarbeit sowie Jugendverbandsarbeit - wie im Sachverhalt beschrieben - zu sanieren.
1. b Die Freifläche des Stormarnplatzes wird als generationsübergreifende Begegnungsstätte zur Förderung des sozialen Miteinanders und als zentraler Ort der Integration gestaltet.
2. Zur Förderung durch das vom Bund und den Ländern aufgelegte Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ wird eine entsprechende erste Projektanmeldung bis zum 31.05.2018 beim Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration Schleswig-Holstein getätigt.
3. Sollte das Ministerium eine konkrete Antragstellung in Aussicht stellen, erklärt sich die Stadt bereit, entsprechende Mittel i. H. v. 10 % der förderfähigen Ausgaben im Haushalt 2019 sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2018/009

- 11. Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 80 A**

- *vertagt* -

12. Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2017 bis 2021

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Stukenberg stellt im Namen der FDP-Fraktion nachfolgenden Erweiterungsantrag (AN/011/2018):

„Dem Beschlusspunkt 2 werden folgende Sätze hinzugefügt:

Dabei sind die von den Schulen bis dahin angemeldeten Bedarfe mit einzubeziehen. Eine Einigung mit den Schulen ist anzustreben.“

Stadtverordnete Unger erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag AN 011/2018 der FDP-Fraktion ablehnt, da es gängige Praxis der Verwaltung als auch des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses sei, die von den Schulen angemeldeten Bedarfe in die Beratungen mit einzubeziehen und eine Einigung mit den Schulen anzustreben.

Stadtverordneter Randschau fügt ergänzend hinzu, dass – sofern laut FDP-Antrag die von den Schulen bis dahin angemeldeten Bedarfe mit einzubeziehen **sind** - sämtliche Anmeldungen der Schulen zu berücksichtigen seien und keine Abwägung mehr durch die Schulverwaltung stattfinden könne.

Stadtverordnete Hengstler lehnt im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls den Antrag der FDP-Fraktion ab. Halbjährlich würden Besprechungen der Schulleiter mit der Verwaltung stattfinden. Ein Teil der geforderten Maßnahmen würden dann in den Haushalt einfließen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen würden auch von der Selbstverwaltung Maßnahmen abgelehnt werden. In diesem Verfahren würden eingehende Beratungen und Abstimmungen auf der Ebene Schule - Verwaltung, Verwaltung - Ausschuss sowie Ausschuss - Schule stattfinden. Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss funktioniere - auch in Zusammenarbeit mit der Verwaltung - in hervorragender Weise.

Stadtverordneter Stukenberg führt zu dem Antrag der FDP-Fraktion aus, dass es sich bei dem Antrag um etwas Selbstverständliches handele, nämlich dass die geforderten Maßnahmen der Schulen bei der Planung berücksichtigt werden. Dieses würde in vielen Fällen erfolgen. Mit dem Antrag solle Ziffer 2 des Beschlussvorschlages erweitert werden. Insbesondere in der Schulraumbilanzierung würden die gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigt werden müssen. Aus diesem Grund sollte eine entsprechende Mitwirkung der Schulen erfolgen. In mehreren Anlagen zur Vorlage hätten die Schulen darauf hingewiesen, dass sie nicht in der für sie adäquaten Weise berücksichtigt worden seien. Die Bedarfe der Schulen sollten lediglich mit aufgeführt werden. Es beinhaltet nicht die Umsetzung. Es sei lediglich ein Appell zur Zusammenarbeit.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe lehnt im Namen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN den Antrag ab. Ergänzend zu den Ausführungen der Stadtverordneten Hengstler fügt er hinzu, dass die Schulleiter an der entsprechenden Ausschusssitzung teilnehmen, um auf den Ausschuss einzuwirken bzw. schriftliche Anträge einreichen.

Stadtverordneter Holzmann von der WAB-Fraktion fügt ergänzend hinzu, dass die Belange sämtlicher Schulen in den Gremien diskutiert werden und erst nach Beratung ggfs. manche von den Schulen geforderte Maßnahmen nach Abwägung nicht aufgenommen werden würden. Die WAB-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Stadtverordneter Bellizzi führt zu dem Antrag der FDP-Fraktion aus, dass die FDP-Fraktion lediglich eine gewisse Klarheit im Schulentwicklungsplan fordere. Es sollte ein Hinweis über eine unterschiedliche Auffassung von Ausschuss, Verwaltung und Schule über sämtliche von den Schulen geforderten Maßnahmen erfolgen.

Stadtverordneter Proske bedauert, dass der Antrag der SPD-Fraktion im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss auf die Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule abgelehnt worden ist.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über nachfolgende Empfehlung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses ab:

- „1. Die Schulentwicklungsplanung (SEP) der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2017 bis 2021 mit den in der Vorlage genannten Änderungen auf den Seiten 78, 82 und 86 ist beschlossen. Soweit die Umsetzung der Einzelmaßnahmen mit Kosten verbunden ist, bedürfen diese einer gesonderten Beschlussfassung.
2. Eine Kurzfassung der Schulentwicklungsplanung (für die Jahre 2018 bis 2022) wird im IV. Quartal 2018 erstellt. Umfang der Planung ist eine Fortschreibung der Schülerzahlenprognose sowie eine darauf basierende Schulraumbilanzierung.
3. Für die Grundschule Am Hagen wird in 2019 ein Ausbaukonzept erstellt mit dem Ziel, die Nutzung der Grundstücksfläche - langfristig - zu optimieren.
4. Für das Schulzentrum Heimgarten wird ab **2020** ein Sanierungs- und Erweiterungskonzept erstellt mit dem Ziel, die Baumaßnahmen in mehreren Phasen ab 2021 nach der Erweiterung der SLG zu beginnen. Adäquate Finanzmittel für die ersten Sanierungsphasen werden im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen für die Jahre 2021 und 2022 beantragt.“

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Anschließend wird über den Erweiterungsantrag der FDP-Fraktion AN/011/2018, der wie folgt lautet, abgestimmt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: „Dem Beschlusspunkt 2 werden folgende Sätze hinzugefügt:

Dabei sind die von den Schulen bis dahin angemeldeten Bedarfe mit einzubeziehen.

Eine Einigung mit den Schulen ist anzustreben.“

Abstimmungsergebnis:

**2 dafür
27 dagegen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

13. Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Brandt, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau stimmt im Namen der SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Da zurzeit die städtischen Leistungen – insbesondere die Personalgewinnung – nicht erbracht werden können, sei seiner Auffassung auch eine Anhebung der Elternbeiträge nicht gerechtfertigt. Insoweit folgt die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stadtverordneter Holzmann bedankt sich im Namen der WAB-Fraktion bei der Verwaltung für die Vorlage. Die WAB-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, da u.a. die Zuschüsse von Land und Bund noch nicht bekannt seien.

Stadtverordneter Stukenberg plädiert im Namen der FDP-Fraktion dafür, dass im kommenden Jahr auch kein Anstieg der Elternbeiträge erfolge. Die nächste Gelegenheit sollte von der Stadt gemeinsam mit dem Land genutzt werden, die Eltern weiter zu entlasten. Die FDP-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordneten Proske wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/004 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

14. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 102 für das Gebiet zwischen Manfred-Samusch-Straße, An der Reitbahn, Hamburger Straße, Lehmannstieg und Klaus-Groth-Straße

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Anschließend wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/025 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	Gesetzliche Vertreter:	31
	Anwesend:	29
	28 dafür	
	0 dagegen	
	1 Enthaltung	

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

15. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Ahrensburger Innenstadt/Schlossbereich" einschließlich Erlass der Sanierungssatzung (§ 142 Nr. 1 BauGB)

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Anschließend wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/137/2 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	Gesetzliche Vertreter:	31
	Anwesend:	29
	29 dafür	
	0 dagegen	
	0 Enthaltung	

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

16. Erneuerung des Ahrensburger Redder von der Auffahrt Ostring bis zur Gemeindegrenze Siek

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Anschließend wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/030 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

17. Grundsatzbeschluss für die Übernahme der Nahwärmenetze Ahrensburger Redder, Gartenholz und Bogenstraße von der Hanse Werk Natur GmbH durch die Stadtwerke Ahrensburg

Stadtverordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses, Frau Möller, hält den Sachvortrag.

Anschließend wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/037 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	27 dafür
	2 dagegen

**18. Benennung einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten
- Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages -**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag.

Anschließend wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/042/1 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

28 dafür

1 Enthaltung

19. Organisationsänderung der Verwaltung

Die Stadtverordneten nehmen den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/043 zur Kenntnis.

20. Nachbenennung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern für den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 6. Mai 2018

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag AN/010/2018

- der Wahl von Frau Nina Holers als Stellvertretendes Mitglied in den Gemeindewahlausschuss ,(in Vertretung für Frau Catharina von Hobe)

und

- der Wahl von Frau Kirsten Mösler-Hinzer als Stellvertretendes Mitglied in den Gemeindewahlausschuss (in Vertretung für Frau Gundula Hildebrandt)

zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen der Beschlussvorlage Nr. 2018/045, die wie folgt lautet zu:

- „1. Herr Jens-Uwe Ehrlich wird als ordentliches Mitglied in den Gemeindewahlausschuss gewählt.
2. Herr Reinhard Günther wird als stellvertretendes Mitglied in den Gemeindewahlausschuss gewählt.
3. Frau Sibylle Gruhnke wird als stellvertretendes Mitglied in den Gemeindewahlausschuss gewählt.“

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin